

# Wessels argumentiert, als gäbe es keine Einsprachen gegen die Rheinterrassen

**Bauprojekt** In einem Schreiben an die Regiokommission und an ausgewählte Ratsmitglieder versuchte der Baudirektor die Meinung des Parlaments zu beeinflussen. Darin begründet er, weshalb das Projekt seine Berechtigung hat. Die Einsprecher sind irritiert.

**Franziska Laur**

Es war eine emotionale Debatte im Grossen Rat: «Das Projekt ist unausgegoren», sagte Tonja Zürcher zum Projekt Rheinterrassen bei der mittleren Brücke. Es verletze den Lebensraum von Fauna und Flora. Für sie wäre es sinnvoller gewesen, wenn man die juristische Beurteilung abgewartet hätte, bevor das Parlament den Segen dazu gibt.

Diese Beurteilung hat Regierungsrat Hans-Peter Wessels schon vorweggenommen. Er hat die Regiokommission und das Grüne Bündnis mit einem geheimen Schreiben versorgt, indem er Argumente zur Ablehnung der Einsprachen gegen das Projekt aufführte.

So wurden am vergangenen Mittwoch im Grossen Rat die knapp 400 000 Franken für die neuen Terrassen aus Holz am Kleinbasler Rheinufer mit 64 Ja gegen 19 Nein bei 8 Enthaltungen bewilligt. Thomas Mury (LDP) hatte in der Ratsdebatte am Mittwoch Rückweisung beantragt. Er sei zwar ursprünglich für das Projekt gewesen. Im Gespräch mit diversen Gruppierungen und Anwohnern habe er jedoch seine Meinung geändert. «Wenn so eine Front aufgebaut

wird, dann steckt mehr dahinter», sagte er. Die Rückweisung wurde abgelehnt.

## Undemokratischer Prozess?

Wäre es nicht fairer und demokratischer gewesen, wenn man zuerst den juristisch-fachlichen Entscheidung auf der Einspracheebene abgewartet hätte und dann mit dem Projekt in den Grossen Rat gekommen wäre?

«Nein, ganz im Gegenteil!», wehrt sich Wessels. Üblicherweise entscheide der Grosse Rat zuerst über den Kredit. Erst dann werde das Bauprojekt erarbeitet und das Baugesuch publiziert. Üblicherweise sei der politische Prozess längst abgeschlossen, wenn die Einsprachen behandelt würden.

Und auch dass er mit einem Mail Stimmung für das Projekt macht, findet er durchaus normal: «Es gehört zu den Kernaufgaben der Regierung, Überzeugungsarbeit bei den Mitgliedern des Grossen Rates zu leisten.» Es sei doch selbstverständlich, dass er sich zu den neu aufgetauchten Argumenten gegen die Rheinterrassen äussern müsse und aufzuzeigen habe, weshalb diese nicht stichhaltig sind. Allerdings haben nicht alle Ratsmitglieder dieses Mail erhalten,



Die geplanten Bauten am Kleinbasler Rheinufer bestehen aus einer abgestuften Holzterrasse auf einer Länge von 28 Metern, einer Holzplattform und aus vier Blockbänken.

und es wurde auch nicht öffentlich gemacht.

Wessels versucht in seinem Schreiben, die Argumente der Einsprecher zu entkräften: Die Rheinterrassen würden ja gar nicht in einer Naturschonzone zu liegen kommen, schreibt er beispielsweise. Jost Müller, Geschäftsleiter WWF Region Basel,

wundert sich, nachdem er von der BaZ auf die Argumente aufmerksam gemacht worden ist: «Damit nimmt Wessels die Abweisung unserer Beschwerde ja schon voraus.» Der WWF habe auch nie behauptet, dass es Naturschonzone sei. Doch sie sei im Inventar der schützenswerten Naturobjekte aufgeführt.

«Wir haben schon beim Rheinbadhüsi Breite Einsprache erhoben. Damals hat man uns zugesichert, dass es eine einmalige Sache sei, da die Rekonstruktion des Rheinbades absolut standortnotwendig sei», sagt Müller. Jetzt folge quasi auf dem Fuss nochmals ein für die Natur und das Rheinbord einschneidendes

Projekt. Kritisiert hat der WWF unter anderem auch, dass keine rechtsverbindlichen Pläne aufgelegt sind.

## Von temporär zu dauerhaft

Tonja Zürcher, die im Grossen Rat ebenfalls für die Rückweisung plädiert hat, ist der Meinung, dass in der Bewilligung klar festgehalten sein muss, wann die Terrassen wieder abgebaut werden. Und da die Gefahr bestehe, dass sie länger als die prognostizierten Jahre stehen blieben, müsse das Projekt angepasst und redimensioniert werden.

Dass es kein temporäres Projekt wird, befürchten auch Einsprecher aus der Anwohnerschaft. Allein die Materialisierung lasse darauf schliessen, dass es dauerhaft bestehen soll. Sie hegen auch den Verdacht, dass das Projekt gar nicht von der Internationalen Bauausstellung (IBA) initiiert worden ist, sondern von Tino Krattiger, Initiator des sommerlichen Festivals «Floss». Dafür spricht, dass er in den Medien tüchtig die Werbetrommel für das Projekt geschlagen hat. Anwohner berichten, dass der «Floss-Kapitän» stolz erzähle, das IBA-Projekt «sei auf seinem Mist gewachsen».

## Die raue Stimme des Drummeli ist zurück

**Glaibasler Charivari** Mit 79 Jahren wagt sich Strouppi nochmals auf die Vorfasnachtsbühne.

Sie sitzt im Schmalen Wurf am Fenster vor einem Pfefferminztee. Und ihre Stimme ist noch etwas rauer als sonst.

Strouppi ist erkältet. Das verträgt sich nicht so gut mit den Proben für das Charivari. «Doch das wird schon wieder», sagt sie gut gelaunt. Vergangenen Sommer hatte Charivari-Produzent Erik Julliard telefonisch Kontakt zu ihr aufgenommen und gefragt, ob sie sich vorstellen könnte, in den Rahmestiggli der Vorfasnachtsveranstaltung mitzuspielen. Sie war überrascht. Seit 32 Jahren lebt sie weit weg von Basel: in Portugal, in einem Haus in der Algarve. Dort, in einer ländlichen Gegend, unternimmt sie täglich lange Spaziergänge mit ihren beiden Hunden.

Seit zwölf Jahren ist sie nicht mehr auf der Bühne gestanden. Im Jahr 2008 hatte sie ihren letzten Drummeli-Auftritt; während eines Vierteljahrhunderts gehörte sie dort mit ihrer markanten rauhen Stimme zum Rahmestiggli-Ensemble. Wagt man sich nach so langer Zeit ohne Probleme wieder ins Scheinwerferlicht? «Ich musste mir die Sache schon ein wenig überlegen, aber nur wegen der Hunde, die ich ja in Portugal nicht einfach allein lassen kann», sagt sie. «Doch das ist nun geregelt.»



«Mein Leben ist in Portugal, aber mein Herz ist hier, in Basel!»: Adelheid Dörfliinger, besser bekannt als Strouppi. Foto: Nicole Pont

## Von Adelheid zu Strouppi

Strouppi kommt jedes Jahr einmal nach Basel. «Mein Leben ist in Portugal, aber mein Herz ist hier», sagt sie. Und dann kommen Erinnerungen hoch – an ihre Zeit,

als sie während der Herbstmesse einen Stand auf dem Petersplatz hatte und Produkte aus Portugal verkaufte; an die Zeit, als sie nebenher in der Hasenburg im

Service arbeitete; an ihren Mann, der 1971 gestorben ist.

Aber auch an die Zeit, als sie als ausgebildete Fotografin im elsässischen Fislis für eine

Transportfirma arbeitete. Dort nämlich erhielt sie von den Arbeitskollegen den Namen Strouppi, weil sie damals noch Gauloise rauchte, leicht verwuschelte Haare hatte und nach Arbeitsschluss auch gerne einmal ein Bier trank. Adelheid Dörfliinger, so ihr richtiger Name, passe nicht zu ihr, fanden die Kollegen. Dass sie ledigerweise Veil geheissen hatte und in der Schule von allen Veieli genannt wurde, wussten sie nicht.

## Gelernt ist gelernt

Dass Strouppi jeweils Anfang Februar ihre Heimatstadt Basel besucht, hat natürlich seinen Grund: Es ist die Fasnacht. Seit Jahren steht sie bei der von ihr mitgegründeten alten Garde der Basler Rolli ein, früher als Tambourmajorin, heute im Vortrag.

Diesmal musste sie wegen der Charivari-Proben bereits Anfang Januar anreisen. Keine Selbstzweifel? «Nein, der Wiedereinstieg in die Welt der Rahmestiggli ist mir leicht gefallen», sagt sie. «Die Texte hat mir der neue Charivari-Regisseur Lucien Stöcklin schon vor Wochen nach Portugal geschickt. Lucien ist grossartig, und das Ensemble hat mich sehr gut aufgenommen.» Und: Was man einmal gelernt hat, vergisst man nicht so schnell. «Damals im Drummeli hat mir Regisseur Rolf Lansky sehr viel Entscheidendes beigebracht», sagt Strouppi. «Dafür bin ich ihm bis heute dankbar.»

**Dominik Heitz**

## Kanton kontrolliert Firmen gleich zweimal, ob Lohngleichheit eingehalten wird

**Gleichstellung** Der Kanton Basel-Stadt will im Bereich Lohngleichberechtigung ein weiteres Kontrollinstrument installieren. Die Regierung hat am Donnerstag mitgeteilt, dass die Behörden Unternehmen, die bei einer Beschaffung eine Offerte einreichen und dann den Zuschlag erhalten, überprüfen sollen, ob sie die Lohngleichheit für Mann und Frau einhalten. «Fehlbaren Unternehmen wird die Möglichkeit eingeräumt, in einer angemessenen Frist Korrekturen vorzunehmen», so das Präsidialdepartement – 12 Monate haben die Firmen dann Zeit, die Lohngleichheit zu erfüllen. «Danach können Sanktionen ausgesprochen werden.» Zuständig für die Kontrollen soll die Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern mit der Leiterin Leila Straumann sein.

Die öffentliche Hand in der Förderung der Lohngleichheit eine Vorbildfunktion, heisst es. Mit der Unterzeichnung der 2016 lancierten Charta bekräftigen Behörden, Lohngleichheit in ihrem Einflussbereich umzusetzen, sei es als Arbeitgebende, bei Ausschreibungen im öffentlichen Beschaffungswesen oder als Subventionsorgane.

Für Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann (Grüne) handelt es sich um eine «Selbstdeklaration», die vom Staat verlangt wird. Die Behörden wollen bei denjenigen Unternehmen Stichproben durchführen, die einen Auftrag vom Kanton erhalten haben. Wenn ein Unternehmen gegen die Auflage verstos-

se, drohe eine Submissionssperre, wie Ackermann zur BaZ sagt.

## «Unnötige Doppelstruktur»

Was das künftig bedeutet, wenn Basel beispielsweise weitere Tesla für die Polizei anschaffen will oder sonst Beschaffungen aus dem Ausland vorsieht, erklärt Ackermann so: «Grundsätzlich gelten die Anforderungen zur Gleichbehandlung von Mann und Frau gemäss Beschaffungsgesetz für alle Leistungen, die in der Schweiz erbracht werden. Für Leistungen im Ausland wird in der Selbstdeklaration die Einhaltung der ILO-Kernübereinkommen bestätigt.»

Der Basler Gewerbeverband lehnt diese neue Kontrollinstanz ab. «Es wird hier eine unnötige Doppelstruktur geschaffen», sagt Patrick Erny vom Gewerbeverband Basel-Stadt. Das Beschaffungsgesetz verlange bereits, dass die Gesamtverträge sowie die vom Bund vorgeschriebene Gleichbehandlung von Mann und Frau eingehalten werde. «Das Amt für Wirtschaft und Arbeit wacht über die Einhaltung dieser Vorgaben im Submissionswesen», sagt Erny. «Wir sehen nicht, warum es hier noch eine zusätzliche solche Struktur braucht, da der administrative Aufwand für die Betriebe im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung ohnehin schon sehr hoch ist.» Der Pilotversuch hat gezeigt, dass der Zusatzaufwand der vorgesehenen Kontrollen für KMU beträchtlich ist, sagt Erny.

**Mischa Hauswirth**